Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/458
20. 05. 77

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 25. Mai 1977
am Donnerstag, dem 26. Mai 1977

Seite

Buchdruckerei Peter Meier, 5205 St. Augustin 1 - Buisdorf, Tel. (02241) *61071
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn-Bad Godesberg 1,
Postfach 821, Goethestraße 56, Tel. (02221) 363551

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

1. Abgeordneter **Dr. Jens** (SPD)

Was hat die Bundesregierung bisher unternommen, um das vom ADAC und vom Bundeskartellamt festgestellte „Verschleißkartell" bei Auspuffen von verschiedenen Pkw's der deutschen Automobilindustrie zu beseitigen und einen dauerhaften und damit rostfreien Auspuff im Interesse der Verbraucher und des Umweltschutzes allgemein für alle Pkw's einzuführen?

2. Abgeordneter **Dr. Jens** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, dafür zu sorgen, daß die vom ADAC geforderte Garantiezeit – wenn nicht von der Automobilindustrie freiwillig – gesetzlich eingeführt wird?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

3. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Wen hat der Bundeskanzler im einzelnen und welche belegten Aussagen gemeint, als er auf dem Nato-Gipfel nach der vom Bundespresse- und Informationsamt zitierten dpa-Meldung „kritisierte, daß Generale, Politiker und auch Journalisten die konventionelle Unterlegenheit in Europa dramatisiert"?

4. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Welche Unterscheidungsmerkmale hatte der Bundeskanzler im Auge als er im Interview mit der US-Fernsehgesellschaft „public broadcasting system" am 29. April 1977 ausführte, daß in der – an sich ebenso nationalen sowie übernationalen – Menschenrechtspolitik „sich die nationalen Interessen der Bundesrepublik" von den seitens des Präsidenten Carter für Amerika formulierten unterscheiden und er sich vorbehalte, „die diesbezügliche Politik anders zu artikulieren" (vgl. Nachrichtenspiegel des Bundespresse- und Informationsamtes)?

5. Abgeordneter **Wolfgramm (Göttingen)** (FDP)

Hält die Bundesregierung es für notwendig, daß vom Bund sowie von Organisationen, die vom Bund gefördert werden, Informationsmaterial mit begrenztem Zeitwert so zahlreich, insbesondere aber in aufwendiger Form, hergestellt und verteilt wird, und welche Maßnahmen will die Bundesregierung dagegen ergreifen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

6. Abgeordneter **Stommel** (CDU/CSU)

Hat – wenn ja, weshalb – die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Frau Marie Schlei, während ihres Besuchs in Botswana nicht auf eine Besichtigung des sogenannten Flüchtlingslagers Selebi Pikwe bestanden, bevor sie dafür eine finanzielle Zuwendung im Rahmen der Entwicklungshilfe in Höhe von einer halben Million DM zusagte, oder hat sie sich gar einfach mit dem Hinweis begnügt, daß dieses Lager – es gilt als streng bewacht – für niemanden zugänglich ist?

7. Abgeordneter **Stommel** (CDU/CSU)

Trifft die Erklärung des deutschen Geschäftsträgers in Botswana, H. J. Regenhardt, gegenüber dem Afrika-Korrespondenten der Zeitung Die Welt zu, daß die Bundesregierung über die tatsächlichen Verhältnisse in dem besagten „Flüchtlingslager" informiert wurde, wenn ja, weshalb hat trotz solcher und anderer möglicher Informationen – wie etwa durch den UN-Flüchtlingskommissar Perkins – eine Unterstützung eines Projekts zugesagt, und teilt sie die Auffassung, daß das Projekt der Ausbildung abhängiger Jugendlicher für den Guerillakrieg dient?

9. Abgeordneter **Reddemann** (CDU/CSU)

Wer hat die Bundesregierung veranlaßt, das Projekt eines Luftschiffs für den afrikanischen Güterverkehr zu entwickeln?

8. Abgeordneter **Reddemann** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung in irgendeiner Form nahegelegt worden, ein bestimmtes Unternehmen mit der Erprobung und der Entwicklung zu beauftragen, und bejahendenfalls von wem?

10. Abgeordneter **Daweke** (CDU/CSU)

Bestehen irgendwelche Zusammenhänge zwischen den Tatsachen, daß ein in bestimmtes Unternehmen mit der Erprobung des Luftschiffs beauftragt wurden und daß dasselbe Unternehmen für den Wahlkampf der SPD 60 bis 125 Freiflüge zur Insel Sylt durchgeführt und den Wagenpart des Unternehmens eingesetzt hat?

11. Abgeordneter **Daweke** (CDU/CSU)

Konnte das zuständige Bundesministerium nicht mit einem Minimum an Aufwand herausfinden, was der deutsche Botschafter in Ghana errechnete, daß nämlich „das neu zu bauende Lastenluftschiff mit 30 Tonnen Ladefähigkeit für den Abflug einer (Ghanaer) Jahresernte von etwa 500 000 Tonnen ca. 25 Jahre brauchen würde"?

12. Abgeordneter **Dr. Köhler (Wolfsburg)** (CDU/CSU)

Hat Frau Bundesminister Schlei an das Nambia-Institut in Lusaka die Zusage gemacht, die Bundesregierung wolle dem Institut helfen, eine demokratische Verfassung für Nambia auszuarbeiten, und sich bemühen, für diesen Zweck Privatspenden zu beschaffen, und wie beurteilt die Bundesregierung gegebenenfalls diese Zusage?

13. Abgeordneter **Dr. Köhler (Wolfsburg)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung überzeugt, daß dieser Vorgang ihren Bemühungen dient, in direkter Verhandlung mit der Südafrikanischen Republik und als Mitglied des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen auf eine friedliche Entwicklung in Südafrika und Nambia zu drängen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

14. Abgeordneter **Becker (Nienberge)** (SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung bei den Überlegungen zur Änderung des Haushaltsstrukturgesetzes, für technische Aufstiegsbeamte und Aufstiegsbeamte aus dem Polizeidienst die Anstellung in Besoldungsgruppe A 10 wiederherzustellen?

15. Abgeordneter **Becker (Nienberge)** (SPD)

Wird die Bundesregierung im laufenden Gesetzgebungsverfahren zum sechsten Besoldungserhöhungsgesetz die Frage wohlwollend prüfen, ob den Beamten des einfachen Dienstes in Besoldungsgruppe A 5 eine Amtszulage gewährt werden kann?

16. Abgeordneter **Schäfer (Offenburg)** (SPD)

Wie viele Beschäftigte von kerntechnischen Anlagen werden vom Verfassungsschutz überprüft bzw. überwacht, und wie hoch dürfte die Zahl bei der Verwirklichung einer Kernkraftwerksleistung von 30 000 MW im Jahr 1985 sein?

17. Abgeordneter **Angermeyer** (FDP)

Trifft es zu, daß es – wie im „Handelsblatt" vom 10. Mai unter Bezugnahme auf eine Stellungnahme des Bundeswirtschaftsministeriums berichtet – Schwierigkeiten bei der Auftragseingangsstatistik gibt, und wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um diese Schwierigkeiten möglichst umgehend zu beheben?

18. Abgeordneter **Angermeyer** (FDP)

Trifft es zu, daß – wie ebenfalls im „Handelsblatt" vom 10. Mai gemeldet – „Berlin seinen Langsamkeitsrekord weiter unangefochten verteidigt", und wenn ja, wie erklärt die Bundesregierung diese Tatsache?

19. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, angesichts der Tatsache, daß beim mehrjährigen öffentlichen Investitionsprogramm zur wachstums- und umweltpolitischen Vorsorge im Bereich der wasserwirtschaftlichen Zukunftsvorsorge nur Sanierungsmaßnahmen von Rhein und Bodensee aufgenommen sind, auch dafür Sorge zu tragen, daß für den Main als einem stark belasteten Gewässer ebenfalls Förderungsmaßnahmen zur Verwirklichung dringender Projekte vorbereitet und ermöglicht werden?

20. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß der Main ein stark belastetes Gewässer ist und deshalb zur Verbesserung Förderungsmaßnahmen notwendig sind, bzw. wann glaubt man, solche Maßnahmen zu fördern und in welchem Umfang?

21. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß das Ausgabenverhältnis zwischen militärischer und ziviler Verteidigung derzeit 60 : 1 beträgt, obgleich die Bundesregierung bereits 1972 ein Ausgabenverhältnis von 20 : 1 angestrebt hat?

22. Abgeordneter **Pensky** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß Fahndungserfolge der Polizei in bestimmten Bereichen der Schwerstkriminalität (politische Gewalttaten, Rauschgift, Waffenschmuggel, Kidnapping) durch die Verpflichtung der Beamten auf das Legalitätsprinzip (§ 163 StPO) erschwert werden – besonders, da in diesen Bereichen die Rechtsbrecher sich zunehmend organisieren und führende Polizeipraktiker bereits den „Import" einer Kidnapping-Industrie nach italienischem Vorbild befürchten – und durch welche konkreten Maßnahmen könnte die Bundesregierung dem entgegenwirken?

23. Abgeordneter **Pensky** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit, durch eine entsprechende Änderung des Bundesrechts in zeitlich begrenzten Modellversuchen Polizeibeamte nach Zustimmung eines Gerichts oder eines Richters in bestimmten Bereichen der Schwerstkriminalität von den engen Bindungen des § 163 StPO zu befreien, um sie als „under cover agents" einsetzen zu können, und was wird sie auf Grund ihrer Einschätzung der Sach- und Rechtslage in ihrem Verantwortungsbereich tun?

24. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung bei der DDR unternommen, um eine Versalzung des Wassers der Werra durch Einleitung von Abfällen bei der Kaligewinnung durch die Kaliindustrie der DDR zu verhindern?

25. Abgeordneter **Regenspurger** (CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um nach der angekündigten Einführung der Spitzenposition auf Zeit die Unabhängigkeit der Entscheidungsfindung, wie sie bei Beamten auf Lebenszeit üblich ist, auch bei den Inhabern der Spitzenpositionen auf Zeit zu gewährleisten?

26. Abgeordneter **Regenspurger** (CDU/CSU)

Sollen die Betroffenen nach Ablauf der Amtszeit bei nicht Wiederbestellung in andere Positionen umgesetzt oder in den Ruhestand versetzt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

27. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Ist es zutreffend, daß die von den Organisatoren der „Bonner Friedenswoche 1977", die vom 4. bis 14. Mai 1977 stattgefunden hat, ausgestellten Spendenquittungen von den Finanzämtern als steuerabzugsfähig anerkannt werden, und was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls dagegen zu tun, daß so unser Staat und die Steuerzahler an der Finanzierung dieses Unternehmens mit beteiligt werden?

28. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Eigenkapitalsituation der öffentlich-rechtlichen Sparkassen nach der letzten Änderung des Körperschaftsteuersatzes, trifft es zu, daß die Steuerlastquote der Sparkassen mit über 60 % erheblich über der Steuerlast der Großbanken liegt, die sich nach Berechnungen des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands nur auf rund 40 % belaufen, und wenn ja, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?

29. Abgeordneter **Dr. Spöri** (SPD)

Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Steuermehreinnahmen gegenüber den ursprünglichen Steuerschätzungen für 1977 bei Fortsetzung der Einnahmetrends aus dem ersten Jahresdrittel, und wie gedenkt sie diese eventuellen Mehreinnahmen einzusetzen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

30. Abgeordneter **Schedl** (CDU/CSU)

Zu welchen Änderungen im Konzept der Bundesregierung zur Rentensanierung gibt die Tatsache Anlaß, daß die Bundesanstalt für Arbeit wegen der Verschlechterung der Lage auf dem Arbeitsmarkt den in ihrem Haushaltsvoranschlag ausgewiesenen Überschuß nicht erwirtschaften kann?

31. Abgeordneter **Wolfgramm (Göttingen)** (FDP)

Wie hoch lagen die Herstellungskosten für die Broschüre mit dem Geschäftsbericht 75 der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, und wie hoch lag speziell der Kostenanteil für die Farbdarstellungen, und welche Maßnahmen wird die Bundesregierung gegen eine derartige aufwendige Form der Information ergreifen?

32. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, angesichts der Tatsache, daß, wie z. B. im nördlichen Kammerbezirk der Handwerkskammer Aachen, örtlich 80 bis 90 % der Hochbauten von Schwarzarbeitern durchgeführt werden, das Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit zu verschärfen?

33. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung die derzeitigen gesetzlichen Vorschriften zur Bekämpfung der Schwarzarbeit für ausreichend, obwohl auf Grund der Schwarzarbeit Entlassungen im Baugewerbe und Betriebsschließungen zu erwarten sind?

34. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, die bei den Arbeitsämtern vorliegenden Anträge auf Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu bedienen, um insbesondere im Zonenrandgebiet die unbefriedigende Beschäftigungslage zu verbessern und einen drohenden noch stärkeren Beschäftigungseinbruch zu vermeiden, der wegen fehlender Anschlußaufträge Ende des Sommers 1977 zu erwarten ist, und wenn ja, in welcher Höhe und bis wann werden die erforderlichen Mittel für die bereits beantragten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bereitgestellt?

35. Abgeordneter **Dr. Dollinger** (CDU/CSU)

Auf welche Zahlen und welche Berechnungsmethoden stützt sich der Vizepräsident der Bundesanstalt für Arbeit, wenn er die Millionengrenze bei den Arbeitslosenzahlen für unterschritten erklärt, und um welche Zahl war die Millionengrenze nach dem Stand der Erkenntnisse der Bundesanstalt für Arbeit zu diesem Zeitpunkt unterschritten?

36. Abgeordneter **Reuschenbach** (SPD)

Trifft es zu, daß das Bundesarbeitsministerium eine Senkung der Winterbauumlage für richtig hält und anstrebt?

37. Abgeordneter **Reuschenbach** (SPD)

Teilt das Bundesarbeitsministerium die Auffassung, daß eine Ausweitung von Winterbaumaßnahmen beschäftigungs- und konjunkturpolitisch wünschenswert ist?

38. Abgeordneter **Horstmeier** (CDU/CSU)

Steht nach Meinung der Bundesregierung der § 9 der Verordnung zur Durchführung des § 33 des Bundesversorgungsgesetzes vom 1. Juli 1975 über die Berechnung des Einkommens aus Landwirtschaft im Einklang mit dem Urteil des 10. Senats des Bundessozialgerichts in Kassel vom 16. Juli 1971 – Az. 10 RV 510/70 –, und wenn nein, sind Änderungen vorgesehen?

39. Abgeordnete **Frau Hürland** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß RVO-Kassen ihren Mitgliedern einen Vertrag über die Nutzung eines kasseneigenen Hilfsmittels zur Unterschrift vorlegen, der einen Eigentumsvorbehalt für Hilfsmittel, wie z. B. Hörgeräte, beinhaltet, obwohl eine solche Regelung gesetzlich nicht vorgesehen ist, und wenn ja, welche Folgerungen wird sie daraus ziehen?

40. Abgeordnete **Frau Hürland** (CDU/CSU)

Billigt die Bundesregierung jene Vertragsklausel der RVO-Kassen, mit der der Versicherte für alle Beschädigungen oder Gefahren haften soll, die möglicherweise von einem solchen Hilfsmittel ausgehen könnten, obwohl das Hilfsmittel nach dem gleichen Vertrag Eigentum der Kasse bleiben soll und üblicherweise der Eigentümer das Risiko selbst zu tragen hätte, und wenn nein, wird sie auf eine Änderung hinwirken?

41. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der jüngsten Kammerumfrage des Deutschen Industrie- und Handelstags, nach der die Unternehmen der Industrie erwarten, daß bis zum Ende dieses Jahrzehnts lediglich 90 000 Arbeitsplätze zusätzlich besetzt werden können?

42. Abgeordneter **Dr. Hornhues** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Zahl der Ausbildungsplätze für den Ausbildungsberuf „Hauswirtschafterin im städtischen Bereich" ständig sinkt, worin sind – gegebenenfalls – die Ursachen zu sehen, und was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen?

43. Abgeordneter **Heyenn** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die regional zuständigen Kammern und Verbände nicht in der Lage sind, die Zahlen der neugeschaffenen Ausbildungsplätze für ihren Bereich konkret zu nennen und folgerichtig auch eine bundesweite zuverlässige Zählung nicht möglich sein kann, und wie beabsichtigt die Bundesregierung bejahendenfalls, die genaue Zahl der neugeschaffenen Ausbildungsplätze zu ermitteln, um eine Kontrolle über die Angaben des Kuratoriums der Deutschen Wirtschaft für Berufsausbildung zu haben?

44. Abgeordneter **Heyenn** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß auf Grund von Appellen der Industrie- und Handels- sowie Handwerkskammern und ähnlicher Verbände auch die Ausbildungsplätze, die in den vergangenen Jahren im direkten Kontakt Betrieb-Auszubildender vermittelt wurden und bisher nicht in den Statistiken der Arbeitsverwaltung auftauchten, nun als neu geschaffene an die Arbeitsverwaltung gemeldet werden, und was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu tun?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

45. Abgeordneter **Dr. Voss** (CDU/CSU)

Welche Rechtsgrundlage hatte die vom Bundesrechnungshof beanstandete ermäßigte Kostenberechnung für den SPD-Parteivorsitzenden Brandt anläßlich seiner Reise nach Tel-Aviv?

46. Abgeordneter **Dr. Voss** (CDU/CSU)

Wie gedenkt die Bundesregierung sich auf Grund der Beanstandungen des Bundesrechnungshofs zu verhalten?

47. Abgeordneter **Dr. Hammans** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß eintägige Lande- und Startübungen des Senkrechtstarters Harrier in einem Naturpark irreparable Schäden an Flora und Fauna, insbesondere im Hinblick auf die Brutzeit der Vögel, verursachen, und wenn ja, welche Folgerungen wird sie daraus ziehen?

48. Abgeordneter **Kiechle** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, angesichts des jüngsten Absturzes eines Starfighters am 5. Mai 1977 unmittelbar am Ortsende von Wildpoldsried, künftig Tieffluglinien so festzulegen, daß dabei geschlossene Ortschaften nicht überflogen werden und die zu beobachtende Zunahme von Tiefflugeinsätzen entlang der Allgäuer Bergkette auf ein für die Bevölkerung erträgliches Ausmaß zurückgeführt wird?

49. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Haben Feldjäger an Maikundgebungen des DGB teilnehmende Soldaten in Uniform überprüft bzw. überprüfen wollen, und wer hat gegebenenfalls die Anweisung zu diesem Einschreiten gegeben?

50. Abgeordneter **Hansen** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Kritik von Bundesverteidigungsminister Leber an dem chilenischen Militärregime, die der Bundesminister nach Presseberichten geäußert hat, und welche Haltung hat Bundesaußenminister Genscher in dem Gespräch mit der chilenischen Botschafterin, Lucia Gevert, in dieser Frage und zu den Vorwürfen gegen den chilenischen Militärattaché, Oberst Christian Ackerknecht, eingenommen?

51. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Beteiligung eines Generals i. R. der Bundeswehr an der von Kommunisten gesteuerten sogenannten „Bonner Friedenswoche 77“, und welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung aus dieser Tatsache zu ziehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

52. Abgeordneter **Dr. Bötsch** (CDU/CSU)

Ist das Gutachten über Erkenntnisse der Einwirkungen von Gewaltverbrechen und Grausamkeiten im Fernsehen, das in der Fragestunde vom 16. März 1976 angekündigt wurde, bereits erstellt, und welche Erkenntnisse vermittelt es gegebenenfalls in der angesprochenen Problematik?

53. Abgeordneter **Dr. Becker (Frankfurt)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, wegen der Notwendigkeit der Kenntnis der künstlichen Strahlenbelastung für den Menschen und angesichts seines sehr begrenzten Erinnerungsvermögens an bisher stattgefundene Belastungen dieser Art, die Eintragungsmöglichkeit für Röntgen- und Radionukleiduntersuchungen und -behandlungen auf dem vom Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit in Zusammenarbeit mit den Bundesländern herausgegebenen Notfallausweis zu schaffen?

54. Abgeordneter **Dr. Evers** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die durch Änderung der Approbationsordnung bedingte Studienzeitverlängerung für Mediziner und die im Zusammenhang damit entstandene Unruhe in der Studentenschaft?

55. Abgeordneter **Dr. Evers** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß die Studienzeitverlängerung zu einer unangemessenen Benachteiligung der Medizinstudenten dadurch geführt hat, daß das bisherige bezahlte Medizinalassistentenjahr nunmehr unentgeltlich während der Studienzeit zu erbringen ist und daß dadurch tendenziell der Ärztemangel eher vergrößert als verringert wird, und wenn ja, welche Folgerungen wird sie daraus ziehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

56. Abgeordneter **Hoffie** (FDP)

Treffen die Pressemeldungen zu, daß der Vorsitzende des Verbands deutscher Flugleiter, Kassebohm, und/oder andere Verbandsfunktionäre sowie Mitarbeiter der Bundesanstalt für Flugsicherung im Zusammenhang mit der Bummelaktion der Fluglotsen durch das Bundeskriminalamt telefonisch überwacht worden sind, wer hat auf Grund welcher Rechtsvorschriften diese Abhörmaßnahmen gegebenenfalls angeordnet, und ist die Bundesregierung der Auffassung, daß bei den Abhörfällen der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel beachtet worden ist?

57. Abgeordnete **Frau Dr. Däubler-Gmelin** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Einführung einer Rechtsmittelbelehrung im Zivilprozeß, die obligatorisch am Ende jedes Zivilurteils stehen müßte, und erwägt die Bundesregierung entsprechende gesetzliche Schritte?

58. Abgeordneter **Hauser (Krefeld)** (CDU/CSU)

Ist es zutreffend, daß das Bundesjustizministerium eine Erhebung durchgeführt hat, derzufolge im Bereich des Bundesrechts, also ohne Länder und Gemeinden, gegenwärtig 1 480 Gesetze und 2 280 Rechtsverordnungen gültig sind?

59. Abgeordneter **Hauser (Krefeld)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, dem Deutschen Bundestag eine Liste derjenigen Gesetze und Rechtsverordnungen zuzuleiten, die ein mittelständischer Unternehmer bei der verantwortlichen Führung seines Unternehmens beachten muß?

60. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Wird die Bundesregierung bei der anstehenden GmbH-Novelle auch Änderungen im Bereich des Rechts der GmbH & Co KG vorschlagen, damit hier die mißbräuchliche Ausnutzung einer derartigen Konstruktion, wie sie in der Vergangenheit oft vorgekommen ist, verhindert werden kann?

61. Abgeordneter **Hansen** (SPD)

Wird die Bundesregierung gegen die Zeitung „Tercüman“, die für in Deutschland lebende Türken in Frankfurt gedruckt wird, juristische Schritte unternehmen, soweit in dieser Zeitung nachweisbar Volksverhetzung und Aufrufe zu Gewaltanwendungen veröffentlicht worden sind?

62. Abgeordneter **Dr. Schneider** (CDU/CSU)

Welche Erfahrungen liegen der Bundesregierung bisher über die Anwendung des § 5 des Wirtschaftsstrafgesetzes (WiStG) – Ordnungswidrigkeiten von Mietpreisüberhöhungen – vor, sieht sich die Bundesregierung durch die gerichtliche Anwendungspraxis dieser Bestimmung veranlaßt, ihre dazu ergangenen Richtlinien zur wirksameren Bekämpfung von Mietpreisüberhöhungen zu überprüfen, die davon ausgehen, daß die Wesentlichkeitsgrenze nach § 5 WiStG bei einem Überschreiten der ortsüblichen Mieten von mehr als 10 v. H. anzunehmen sei, und wie will die Bundesregierung gewährleisten, daß nicht zuletzt auf Grund der von ihr erlassenen Richtlinien § 5 WiStG dazu führt, ein durchgehendes Höchstpreisniveau für Mieten durchzusetzen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

63. Abgeordneter **Peters (Poppenbüll)** (FDP)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß deutsche Futtermittelhersteller Magermilchpulver bei EG-Ausschreibungen auf Grund unterschiedlicher Währungsberechnungen erheblich teurer als ihre Konkurrenten in anderen EG-Ländern einkaufen und deshalb kaum Magermilchpulver abfließt, und ist die Bundesregierung bereit, bei der EG eine Änderung dieses Zustands zu erwirken?

64. Abgeordneter **Peters (Poppenbüll)** (FDP)

Ist die Bundesregierung bereit, sich bei der EG dafür einzusetzen, daß der sogenannte Null-Austauscher für die Kälberfütterung, der bisher keine Anteile Magermilchpulver enthält, über einen Beimischungszwang bestimmte Anteile Magermilchpulver enthalten muß, und daß die Verbilligung für Magermilchpulver zur Verfütterung an Kälber erhöht wird?

65. Abgeordnete **Frau Geier** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung eine staatliche Verbilligung von Trinkmilch an Kindergärten und Schulen im Interesse der gesundheitlichen Wirkung sowie zur Förderung des Milchabsatzes für eine sinnvolle Maßnahme, und in welchem Umfang ist die Bundesregierung bereit, ein solches Programm zu unterstützen?

66. Abgeordneter **Dr. von Geldern** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß weite Kreise der Mischfutterbranche seit Inkrafttreten der neuen futtermittelrechtlichen Vorschriften ausschließlich die geschlossene Deklarationsform bei Mischfutter anwenden und sogar mit Unterstützung einiger Landesbehörden in Wort und Schrift den Eindruck erwecken, als sei die offene Gemengteildeklaration nicht mehr zugelassen, obwohl der Ernährungsausschuß des Bundestags den Verbänden der Futtermittelwirtschaft in einem Schreiben vom 2. Mai 1975 den Wunsch mitgeteilt hat, „daß auch künftig bei Mischfuttermitteln alle Gemengteile im Interesse der landwirtschaftlichen Verbraucher offen deklariert werden“, und was gedenkt die Bundesregierung konkret dafür zu tun, daß die entstandene Unsicherheit in der Landwirtschaft beim Kauf von Mischfutter beseitigt wird und nachteilige Auswirkungen der Anwendung der geschlossenen Gemengteildeklaration auf die Entwicklung der Märkte und auf die Agrarpolitik vermieden werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

67. Abgeordneter **Dr. Dollinger** (CDU/CSU)

Welche baulichen und verkehrstechnischen Vorkehrungen trifft die Bundesregierung, um im Fall von Streckenstillegungen der Deutschen Bundesbahn den dadurch erhöhten Verkehr auf den entsprechenden Straßen weiterhin sicher und flüssig zu gestalten?

68. Abgeordneter **Kiechle** (CDU/CSU)

Erwägt die Bundesregierung eine Verbesserung der straßenverkehrsrechtlichen Schutzbestimmungen für Kinder, ähnlich denen der Schweiz und Österreichs, und wenn ja, wie weit sind solche Überlegungen bereits in das Stadium konkreter Vorbereitungen eingetreten?

69. Abgeordneter **Tillmann** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung inzwischen unternommen bzw. erreicht, nachdem sie auf meine mündliche Anfrage vom 15. April 1976 zum Problem Verhinderung der Einreise von Motorradfahrern aus der Bundesrepublik Deutschland in die DDR zugesichert hat, in der Kommission nach Artikel 32 des Verkehrsvertrags weiterhin den Standpunkt zu vertreten, daß eine Einreiseerlaubnis nach dem Wortlaut des Vertrags für Kraftfahrzeuge schlechthin, also auch für Motorräder, gelten muß?

70. Abgeordneter **Hanz** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Deutsche Bundesbahn beabsichtigt, die beim Bundesbahnwerk Limburg zur Zeit unterhaltenen Dieselfahrzeuge und Reisezugwagen künftig zur Unterhaltung nach Gießen bzw. nach Frankfurt zu verlagern?

71. Abgeordneter **Hanz** (CDU/CSU)

Wieviel Lokführerarbeitsplätze sind dem Bundesbahnwerk Limburg in den letzten zwei Jahren durch Rationalisierungs- und Einschränkungsmaßnahmen sowie Nichtberücksichtigung bei der Einführung des S-Bahnverkehrs verlorengegangen, und wieviel Lokführerarbeitsplätze gehen verloren, wenn ab Einführung des Sommerfahrplans die Durchgangsgüterzüge nicht mehr auf der Lahn-Strecke verkehren?

72. Abgeordneter **Dr. Langner** (CDU/CSU)

Hält es die Bundesregierung für die Beschäftigten des Bundesbahnwerks Limburg und ihre Familien für sozial zumutbar, Arbeitsplätze im Ballungsraum Frankfurt oder Gießen wahrzunehmen mit der Folge, daß sie ihre Eigenheime aufgeben müßten oder die Woche über am Arbeitsplatz verbleiben müßten oder noch erheblich größere Ausbleibezeiten in Kauf nehmen müßten, als dies bereits jetzt der Fall ist?

73. Abgeordneter **Dr. Langner** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkungen der Verlegung des Güterverkehrs Koblenz–Gießen auf die Strecke Gießen–Frankfurt–Koblenz?

74. Abgeordneter **Erhard (Bad Schwalbach)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß der Schienenpersonennahverkehr von den zur Zeit überprüften Strecken im Bereich Limburg, Rhein-Lahn und Westerwald auf die Straße verlagert werden soll, und wenn ja, wie viele Lokführer würden beim Bundesbahnwerk Limburg dadurch überzählig?

75. Abgeordneter **Erhard (Bad Schwalbach)** (CDU/CSU)

Wo sollen gegebenenfalls diese Lokführer in Zukunft beschäftigt werden, und weigert sich die Bundesbahndirektion bisher, – wenn ja, warum – dem Bundesbahnwerk Limburg Lokführerleistungen im Frankfurter-Verkehrsbund (FVV) zuzuweisen?

76. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Welche Auswirkungen auf das Frachtaufkommen in Menge und DM hat die Aufhebung der Frachtausnahmetarife 382, 383, 384 in Abt. 2 der Deutschen Bundesbahn im ersten Vierteljahr 1977 im Vergleich zum gleichen Zeitraum der Jahre 1976 und 1975 gebracht, dargestellt am Beispiel der Verhältnisse der Bundesbahndirektion Nürnberg, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Ergebnis dieser Entwicklung?

77. Abgeordneter **Röhner** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, im Falle aufgelassener Schienenstrecken und Verlagerung des Verkehrs auf die Straße auch die Konditionen der Seniorenpässe entsprechend zu übertragen?

78. Abgeordnete **Frau Dr. Hartenstein** (SPD)

Wie begründet die Bundesregierung die Entscheidung, daß die Verordnung vom 16. August 1976 (BGBl. I S. 2216) über zeitliche Einschränkungen des Flugbetriebs mit Leichtflugzeugen an Wochenenden nur auf Landeplätze angewendet wird, und ist sie bereit, für Verkehrsflughäfen, auf denen ebenfalls Leichtflugzeuge stationiert sind, im Interesse der Anwohner dieselben Ruhezeiten anzuordnen?

79. Abgeordnete **Frau Dr. Hartenstein** (SPD)

Hält die Bundesregierung die heute geltenden Lärmgrenzwerte für Mopeds und Motorräder für angemessen, und ist sie bereit, diese herabzusetzen, um der immer stärker werdenden Lärmbelastung durch Zweiradfahrzeuge in den Wohnsiedlungen und den Naherholungsbereichen wirksam Einhalt zu gebieten?

80. Abgeordneter **Hoffie** (FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Absicht der Deutschen Bundespost, mit Ausnahme von Fremdenverkehrsorten in Gemeinden anstelle von weiteren Telefonzellen öffentliche Fernsprechstellen in Gemeindehäusern und Gaststätten einzurichten, insbesondere im Hinblick auf die in dünnbesiedelten Gegenden dringend notwendige Verfügbarkeit von jederzeit erreichbaren Not-, Hilfe- und Alarmanschlüssen?

81. Abgeordneter **Spitzmüller** (FDP)

Trifft es zu, daß die Bundesregierung die für die Einführung eines sogenannten TELETRACERS – der in Holland bereits erfolgreich erprobt ist und mit dessen Hilfe über eine im Krankenhaus installierte Funkzentrale und entsprechende Empfänger die ärztliche Pflege und Versorgung älterer und hilfsbedürftiger Menschen in ihren Wohnungen gesteuert werden kann – erforderliche Funkfrequenz unter Hinweis auf eine Überlastung der in Frage kommenden Frequenzbereiche abgelehnt hat, und wann kann gegebenenfalls eine solche Frequenz frühestens zur Verfügung gestellt werden?

82. Abgeordneter **Spitzmüller** (FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit, mittels dieses Systems Kosteneinsparungen zu erzielen, und wird sie aus einer positiven Beurteilung Folgerungen in ihrem Verantwortungsbereich ziehen?

83. Abgeordneter **Wohlrabe** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen zu, wonach die DDR eine drastische Erhöhung der jährlichen Pauschale für Mehrleistungen der DDR im innerdeutschen Brief- und Paketverkehr fordert, und welche Haltung wird die Bundesregierung gegebenenfalls gegenüber dieser Forderung einnehmen?

84. Abgeordneter **Luster** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung bei der bevorstehenden Verhandlungsrunde mit der DDR auch die bisher nicht eingehaltenen Vereinbarungen des Postabkommens, wie beispielsweise die Weigerung Ost-Berlins, die ausgehandelte Ausdehnung des automatischen Telefonverkehrs durch entsprechende Schaltungen zu verwirklichen, zur Sprache bringen, und wie gedenkt sie, die Einhaltung von Verträgen durch die DDR in Zukunft durchzusetzen?

85. Abgeordneter **Dr. Pfennig** (CDU/CSU)

Welche Schritte hat die Bundesregierung bisher unternommen, um die hohe Zahl von Zurückweisungen im Paketverkehr mit der DDR und die hohe Verlustquote an Sendungen endlich abzubauen?

86. Abgeordneter **Gärtner** (FDP)

Welche Mittel hält die Bundesregierung für erforderlich, um den Zeittakt bzw. den Nahbereich im Fernsprechverkehr einzuführen?

87. Abgeordneter **Gärtner** (FDP)

Welche Mehreinnahmen oder Mindereinnahmen erwartet die Deutsche Bundespost bei Einführung des Zeittakts mit unterschiedlicher Dauer bei gleichzeitiger Verwirklichung des Nahbereichs?

88. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Hat sich die Bundesregierung mittlerweile entschlossen, bei der Einführung der Nahverkehrsbereiche im Telefondienst Sonderregelungen für das Zonenrandgebiet einzuführen, und wie sollen diese gestaltet werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

89. Abgeordneter **Dr. Schneider** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß das Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau vor kurzem durch einen ministeriellen Erlaß auch die Teilnahme juristischer Personen an Architektenwettbewerben zugelassen hat, welche übergeordneten Gründe waren gegebenenfalls für diese Entscheidung maßgebend, und wie bewertet die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die Bedenken der Architektenschaft, diese Entscheidung führe zu Leistungsverzerrungen bei persönlich-ideellen Wettbewerben?

90. Abgeordneter **Dr. Jahn (Münster)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß — wie in der Wirtschaftswoche vom 20. Mai 1977 zu lesen ist — nach einer vorsichtigen Schätzung des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau rund 70 % aller Sozialwohnungen durch gutverdienende Mieter fehlbelegt sind, und wenn nein, wie hoch schätzt die Bundesregierung die Fehlbelegung im sozialen Wohnungsbau zur Zeit?

91. Abgeordneter **Dr. Jahn (Münster)** (CDU/CSU)

Auf welchem Stand befinden sich die zwischen dem Bund und den Ländern laufenden Verhandlungen zur Findung einer Konzeption für eine Fortführung des sozialen Wohnungsbaus über das Jahr 1977 hinaus, wie wird sich der weitere Verlauf dieser Verhandlungen gestalten, und wann ist mit einem greifbaren Ergebnis zu rechnen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

92. Abgeordneter **Straßmeir** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen zu, wonach die Regierung der DDR mit einer vertraulichen Verschlußsache vom 8. März 1977 ihre nachgeordneten Behörden angewiesen hat, alle Anträge auf Übersiedlung in die Bundesrepublik Deutschland als „grundsätzlich rechtswidrig" zu behandeln?

93. Abgeordneter **Straßmeir** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung gegebenenfalls unter Bezug auf die innerdeutschen Verträge und die Schlußakte der KSZE von Helsinki eingeleitet, um ausreisewillige Bürger der DDR vor strafrechtlicher Verfolgung oder sonstigen Benachteiligungen zu schützen?

94. Abgeordneter **Kittelmann** (CDU/CSU)

Ist zu erwarten, daß in Zukunft auch Mitglieder der Bundesregierung bei Reisen in Ostblockstaaten die DDR-Fluggesellschaft Interflug ab Schönefeld benutzen, obwohl die Lufthansa zum Beispiel Moskau direkt anfliegt, und wenn ja, würde sie darin nicht selbst einen Beitrag zum Boykott ihrer Bemühungen, den Flughafen Tegel in den internationalen Flugverkehr einzubeziehen, und eine Aufwertung des Flughafens Schönefeld sehen?

95. Abgeordneter **Graf Huyn** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß im Gegensatz zum Jahr 1976, in dem bis zum Monat Mai ca. 300 verurteilte politische Gefangene aus DDR-Haftanstalten vorzeitig entlassen wurden, in diesem Jahr nur ca. 50 verurteilte politische Gefangene entlassen wurden, und was beabsichtigt die Bundesregierung zu unternehmen, um dafür Sorge zu tragen, daß entsprechend ihren Gegenleistungen die Entlassungen schnellstens abgewickelt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

96. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß, obwohl die USA und Kanada in der Frage der Uranverkäufe grundsätzlich übereinstimmen, die USA kurz vor der Londoner Gipfelkonferenz die Liefersperre für hochangereichertes Uran aufgehoben haben, während Kanada die Liefersperre für Natururan weiterhin aufrechterhält?

97. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um nach der kanadischen einjährigen Liefersperre für Natururan die Lieferungen wieder zu gewährleisten, und wie beurteilt in diesem Zusammenhang die Bundesregierung die kanadischen Sicherheitsanforderungen an die Europäische Atomgemeinschaft?

98. Abgeordneter **Dr. Spöri** (SPD)

Hat die Bundesregierung mit der Regierung des Iran in der Frage einer eventuellen Lagerung radioaktiven Mülls im Iran Kontakt aufgenommen, und wenn nicht, beabsichtigt sie, Kontakte aufzunehmen?

99. Abgeordneter **Krey** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Bundesregierung in der Auseinandersetzung über Fragen der Kernenergie einen Betrag von über 100 Millionen DM im Forschungsetat für 1977 vorläufig eingefroren hat, der insbesondere für die weitere Entwicklung der Schnellen Brüter vorgesehen war, und durch wen oder was ist die Bundesregierung dazu gegebenenfalls bewogen worden?

100. Abgeordneter **Krey** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß, wenn Meldungen über das Einfrieren der Forschungsmittel für die Schnellen Brüter zutreffen, die Energieversorgung der Bundesrepublik Deutschland gefährdet wird, und wie hoch beläuft sich die Zahl der voraussichtlich durch ein solches Einfrieren bedrohten Arbeitsplätze?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

101. Abgeordneter **Dr. Schäuble** (CDU/CSU)

Welche konkreten Schritte beabsichtigt die Bundesregierung zu unternehmen, um auch graduierten Ingenieuren mit jahrelanger Berufserfahrung den Zugang zu Positionen bei internationalen Organisationen zu ermöglichen, um damit Chancengerechtigkeit und Durchlässigkeit der Berufslaufbahnen auch im internationalen Bereich zu ermöglichen?

102. Abgeordneter **Walther** (SPD)

Ist die Bundesregierung angesichts der nach wie vor hohen Rate von jugendlichen Arbeitslosen bereit, noch im Jahr 1977 Mittel zur Verfügung zu stellen, um nachgewiesenermaßen unausgelastete Ausbildungskapazitäten bei der Deutschen Bundespost und der Deutschen Bundesbahn voll auszunützen?

103. Abgeordnete **Frau Simonis** (SPD)

Liegen der Bundesregierung Ergebnisse über das Programm BUVEP (Bildungsurlaubsversuchs- und Entwicklungsprogramm) vor, und welche Erkenntnisse für die weitere Ausgestaltung des Bildungsurlaubsgesetzes wird sie gegebenenfalls daraus ziehen?

104. Abgeordneter **Dr. Klein (Göttingen)** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung Presseberichte (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7. Mai 1977) bestätigen, nach denen die in der Aachener AStA-Zeitschrift veröffentlichte, einem Bericht unter dem Titel „Modell Deutschland. Bericht zur Rechtslage der Nation" unterlegte Grafik, die ein leicht abgewandeltes „Hoheitszeichen" mit Reichsadler und Hakenkreuz sowie einen verfremdeten Bundesadler zeigt, an der Gesamthochschule Kassel als Examensarbeit vorgelegt und mit „sehr gut" bewertet wurde, und wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu unternehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

105. Abgeordneter **Kirschner** (SPD)

Hat sich die Bundesregierung eine Meinung zu Berichten über den Militärattaché der chilenischen Botschaft in Bonn, Oberst Christian Ackerknecht, gebildet, dem insbesondere in Presseberichten vorgeworfen wird, für Folterungen chilenischer Staatsbürger verantwortlich zu sein, und ist die Bundesregierung, falls sich diese Berichte als zutreffend herausstellen sollten, bereit, unter Heranziehung der Menschenrechtscharta der UNO und der von allen demokratischen Parteien gemeinsam getragenen Ächtung von Folterungen alle politisch möglichen Schritte einzuleiten, um eine Ablösung des Militärattachés zu erreichen?

106. Abgeordneter **Waltemathe** (SPD)

Hatte die Bundesregierung vor den Presseberichten aus eigenen Informationen und Erkenntnissen die Bestätigung dafür, daß die in der Öffentlichkeit („Vorwärts" vom 5. Mai 1977, „Monitor"-Sendung vom 9. Mai 1977) erhobenen Vorwürfe gegen den Militärattaché an der chilenischen Botschaft in der Bundesrepublik Deutschland, Herrn Christian Ackerknecht de San Martin, zutreffen, wonach er an Folterungen an Erwachsenen und Kindern aktiv beteiligt gewesen ist, und wenn ja, warum hat die Bundesregierung ihre Zustimmung dazu gegeben, daß Herr Ackerknecht de San Martin Militärattaché in der Bundesrepublik Deutschland werden konnte?

107. Abgeordneter **Waltemathe** (SPD)

Wann ist damit zu rechnen, daß der chilenische Diplomat Ackerknecht zur persona non grata erklärt wird?

108. Abgeordneter **Dr. Probst** (CDU/CSU)

Trifft die Darstellung des kanadischen Außenministers zu, daß auf der Londoner Wirtschaftskonferenz von deutscher Seite nicht die Wiederaufnahme der unterbrochenen Uranlieferungen aus Kanada verlangt worden sei, und wie begründet die Bundesregierung gegebenenfalls dieses Unterlassen?

109. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Treffen Informationen zu, daß die Bundesregierung zusammen mit anderen Staaten in Verhandlungen steht bzw. Überlegungen anstellt, die zum Ziele haben, Teile der weißen Bevölkerung, insbesondere von Deutschen bzw. Deutschstämmigen in Südwestafrika für den Fall der Machtübernahme durch die schwarze Mehrheit, insbesondere durch Swapo, nach Südamerika umzusiedeln, und wie sind diese Überlegungen gegebenenfalls in Einklang zu bringen mit den bisherigen Stellungnahmen der Bundesregierung, daß auch bei einer Machtübernahme durch die schwarze Mehrheit in Südwestafrika der weißen Bevölkerung nicht das Schicksal der weißen Bevölkerung von Angola und Mocambique drohen würde?

110. Abgeordneter **Dr. Marx** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung an der Behauptung des Bundesaußenministers vom 2. Juni 1976 vor dem Deutschen Bundestag fest, es könne „schon heute als Verhandlungserfolg abgehakt" werden, daß auch private Unternehmen die Chance haben sollen, in Konkurrenz zur Meeresbodenbehörde Tiefseerohstoffe zu nutzen?

111. Abgeordneter **Dr. Marx** (CDU/CSU)

Welche konkreten Behinderungen bringt nach dem jetzigen Verhandlungsstand auf der UN-Seerechtskonferenz eine Ausweitung der Küstenmeere auf 12 Seemeilen für den Seeverkehr mit sich, und welche Konsequenzen und Prioritäten ergeben sich hieraus für die Verhandlungsziele der Bundesregierung auf der sechsten Session der Konferenz?

112. Abgeordneter **Dr. Todenhöfer** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung für den Fall, daß sie sechste Session der UN-Seerechtskonferenz zu keiner Einigung im Bereich des Meeresbodenbergbaus führt, die einen originären, nicht diskriminierten Zugang der Bundesrepublik Deutschland zum Tiefseebergbau garantiert, bereit, eine gesetzliche Interimsregelung einzuleiten oder dieser zuzustimmen, die deutschen Unternehmen in diesem Wirtschaftsbereich die notwendige Rechts- und Investitionssicherheit gibt und ihnen dadurch den Beginn des Abbaus von Rohstoffen des Meeresbodens unabhängig von dem jeweiligen Stand der Seerechtskonferenz ermöglicht?

113. Abgeordneter **Dr. Todenhöfer** (CDU/CSU)

Welche Konsequenzen hat die Tatsache, daß die Bundesrepublik Deutschland in der „Fünfer-Gruppe", die vor allem im Bereich des Meeresbodenbergbaus maßgebliche Koordinierungsfunktionen wahrnimmt, nicht vertreten ist, für die Verhandlungsposition der Bundesregierung, und inwieweit wurden bisher insbesondere konkrete EG-Initiativen dadurch erschwert, daß Großbritannien und Frankreich die Fünfer-Gruppe als besonders geeignetes Gremium für Initiativen betrachten?

114. Abgeordneter **Höffkes** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung im Hinblick auf die Tatsache, daß im Kongreß der USA ein Gesetzgebungsverfahren für eine Interimsregelung über den Meeresbodenbergbau – unter Einschluß einer Gegenseitigkeitsklausel – in Gang gekommen ist, entsprechende Konsultationen im Rahmen der EG und mit den USA aufgenommen, und wenn ja, mit welchen Zielsetzungen und mit welchen bisherigen Ergebnissen?

115. Abgeordneter **Höffkes** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Aussichten auf der UN-Seerechtskonferenz, die Freiheit der maritimen Grundlagenforschung gegenüber den Ansprüchen der Küstenstaaten zu verteidigen, und welche konkreten politischen Konsequenzen zieht die Bundesregierung für den Fall, daß das bisher geltende Recht in diesem Bereich eingeschränkt werden wird?

116. Abgeordneter **Dr. Mertes (Gerolstein)** (CDU/CSU)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung für ihre Position auf der UN-Seerechtskonferenz aus der Tatsache, daß es ihr nicht gelungen ist, im Hinblick auf die essentiellen sicherheitspolitischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland an einer befriedigenden Regelung bezüglich der Kadet-Rinne in der Ostsee eine ausreichende Unterstützung zu gewinnen, um entweder ein Verbot der Ausdehnung des Küstenmeeres auf 12 Seemeilen, wenn dadurch Hafenzugänge abgeschnitten werden, zu erreichen oder die bindende Zusicherung für die Transitpassage in diesem Fall?

117. Abgeordneter
Dr. Mertes (Gerolstein)
(CDU/CSU)

Wie bewertet die Bundesregierung die im RSNT Kapitel IX (Artikel 129 bis 130) enthaltenen Sonderrechte für die sogenannten „geschlossenen“ und „halbgeschlossenen“ Meere im Hinblick auf das sowjetische Konzept eines „Friedensmeers“ für die Ostsee?

118. Abgeordneter
Dr. Müller-Hermann
(CDU/CSU)

Ist bei der am 23. Mai beginnenden sechsten Session der UN-Seerechtskonferenz sichergestellt, daß die Europäische Gemeinschaft mit einem einheitlichen Konzept über das EG-Meer in diese neue Verhandlungsrunde geht?

119. Abgeordneter
Dr. Müller-Hermann
(CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung zusichern, daß für die deutsche Fischerei die Möglichkeit zum Fischen in ihren traditionellen Fanggründen vor den Küsten Kanadas, Norwegens, der USA und Islands auch nach einer Errichtung einer 200-Seemeilen-Wirtschaftszone mittelfristig sichergestellt ist?

120. Abgeordneter
Böhm (Melsungen)
(CDU/CSU)

Welche konkrete Grundlage haben Presseberichte, nach denen sich die Bundesregierung für eine Umsiedlungsaktion von Deutschen und deutschstämmigen Bürgern aus ihrer Heimat im heutigen Namibia nach Bolivien einsetzt und sich daran finanziell beteiligen will?

B. Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien sowie Fragen gemäß I. der Richtlinien, um deren schriftliche Beantwortung bis zur Drucklegung gebeten wurde

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

1. Abgeordneter **Link** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß der Bundesinnenminister die Bundesämter für Geodäsie in Frankfurt/M. und Berlin angewiesen hat, Ausgleichszahlungen an die beschäftigten Arbeitnehmer zu kürzen, und wenn ja, beabsichtigt die Bundesregierung, diese Maßnahme rückgängig zu machen, da sie besonders Arbeitnehmer des einfachen Dienstes trifft und diese ihre Verträge oft nur unter der Voraussetzung der Zulage abgeschlossen haben, weil sie darauf angewiesen sind?

2. Abgeordneter **Josten** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Beihilferichtlinien keine Säuglings- und Kleinkinderausstattung (200 DM) für adoptierte Kleinstkinder vorsieht, und was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls zu tun, damit das neue Adoptionsrecht baldmöglichst in die Ausführungsbestimmungen z. B. der Beihilfevorschriften Eingang findet, um die offensichtliche Benachteiligung des betroffenen Personenkreises abzubauen?

3. Abgeordneter **Seiters** (CDU/CSU)

Besteht die Möglichkeit, daß bei der Bundeswehr ausgesonderte Kraftfahrzeuge von anderen Bundesbehörden, wie z. B. dem Technischen Hilfswerk, übernommen werden, und falls nein, wie begründet die Bundesregierung ihre Haltung?

4. Abgeordneter **Angermeyer** (FDP)

Treffen die im „Handelsblatt" vom 10. Mai 1977 dargelegten Ausführungen zu, daß das Computerprogramm für die Auftragseingangsstatistik, das unter Federführung Nordrhein-Westfalens erarbeitet worden ist, fehlerhaft war und dadurch ein Teil der Schwierigkeiten zu erklären ist, und wenn ja, welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, auf eine bessere Abstimmung der Programmierung zwischen den statistischen Ämtern in Anbetracht der Tatsache hinzuwirken, daß die statistischen Landesämter dem Bundesamt das Basismaterial für die Auftragseingangsstatistik liefern?

5. Abgeordneter **Wolfgramm (Göttingen)** (FDP)

Wieviel Abwasser- und Kläranlagen sind von der Industrie bzw. von den Kommunen nach Inkrafttreten des Abwasserabgabengesetzes in Auftrag gegeben worden?

6. Abgeordneter **Wolfgramm (Göttingen)** (FDP)

In welcher Relation stehen die bestellten Anlagen zu dem Gesamtbedarf?

7. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um geltendes Recht so abzuändern, daß deutsche Bedienstete in internationalen Organisationen nicht ausgewanderten Auslandsdeutschen gleichgestellt sind?

8. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung nicht der Meinung, daß es ein Verstoß gegen die Grundrechte ist, wenn den von ihr entsandten Bediensteten zu internationalen Organisationen (z. B. UNO) das aktive Wahlrecht vorenthalten wird?

9. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, das Meldegesetz so zu ändern, daß deutsche Bedienstete bei internationalen Organisationen einen zweiten Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland errichten können, der ihnen das aktive Wahlrecht sichert (Schweizer Modell)?

10. Abgeordneter **Dr. Holtz** (SPD)

Denkt die Bundesregierung daran, durch ihre Regierungsvertreter in den öffentlich-rechtlichen Organen der Fernsehanstalten darauf hinzuwirken, daß das jeweilige Abendprogramm der Fernsehanstalten am nächsten Morgen wiederholt wird, damit auch Schichtarbeiter in den Genuß voller Informationen kommen?

11. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Ist der Bundesinnenminister der Meinung, daß die Anhörungsmethoden des Bundesamts für Verfassungsschutz geeignet sind, sogar Charaktereigenschaften der zu überprüfenden Person objektiv feststellen zu können?

12. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Ist das Bundesamt für Verfassungsschutz in der Lage, objektiv zu prüfen, ob Auskunftspersonen, die selbst bei bewußter Falschaussage relativ hohen staatlichen Schutz genießen, nicht persönliche oder parteipolitische Querelen mit der zu überprüfenden Person ins Spiel bringen, wenn ja, inwiefern?

13. Abgeordneter **Regenspurger** (CDU/CSU)

Plant die Bundesregierung eine Erweiterung der Beteiligungsrechte von Spitzenorganisationen bei der Vorbereitung allgemeiner beamtenrechtlicher Regelungen, wie dies in einigen Bundesländern bereits erfolgt ist, und wenn ja, innerhalb welcher Zeit ist dann mit einer entsprechenden Regelung zu rechnen?

14. Abgeordneter **Regenspurger** (CDU/CSU)

Welchen Inhalt soll gegebenenfalls diese Regelung haben?

15. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

In welchem Umfang hat der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz bzw. deren Vorsitzender Wüstenhagen aus Mitteln des Hauhalts 1976 oder im Vorgriff auf 1977 Unterstützung erhalten, und wie ist dies angesichts der öffentlichen Äußerung des Herrn Wüstenhagen, abgedruckt z. B. in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 19. April 1977, zu rechtfertigen?

16. Abgeordneter **Gerstein** (CDU/CSU)

Für welche Kohle- und Kernkraftwerke ist eine Genehmigung beantragt, gegliedert nach Standort und Kraftwerkskapazität, und wie ist der Stand des Genehmigungsverfahrens zum gleichen Zeitpunkt?

17. Abgeordneter **Gerstein** (CDU/CSU)

Wie groß ist das Investitionsvolumen der beantragten Kohle- und Kernkraftwerke, mit deren Bau aber noch nicht begonnen werden kann, weil eine Genehmigung noch nicht vorliegt, und wie hoch ist das Investitionsvolumen aller verzögerten Kohle- und Kernkraftwerke, geteilt durch die mittlere Bauzeit dieser Anlagen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

18. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen zu, nach denen die Bundesanwaltschaft beim Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofs den Antrag auf Überwachung der Telefongespräche des Vorsitzenden des Verbands deutscher Flugleiter, Kassebohm, und/oder anderer Verbandsfunktionäre bzw. Mitarbeiter der Bundesanstalt für Flugsicherung im Zusammenhang mit dem Bummelstreik der Fluglotsen beantragt hat, und wenn ja, auf wessen Anregung oder Weisung ist die Bundesanwaltschaft tätig geworden, und wie begründet sie ihre Zuständigkeit?

19. Abgeordneter **Burger** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, eine baldige gesetzliche Regelung des Zeugnisverweigerungsrechts für Sozialarbeiter, Sozialpädagogen und Psychologen in anerkannten Beratungsstellen herbeizuführen?

20. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)

Kann die Bundesregierung mitteilen, welche Maßnahmen sie insgesamt ergriffen hat, um mit dem Inkrafttreten des ersten Eherechtsreformgesetzes zum 1. Juli 1977 einen reibungslosen Ablauf des neuen „Versorgungsausgleichs" im Ehescheidungsverfahren durch Anwälte und Familienrichter zu garantieren, ob es im Zuständigkeitsbereich der Länder Schwierigkeiten bei der Errichtung der neuen Familiengerichte gegeben hat und ob sich genügend Familienrichter für die neuen Aufgaben des Verfahrensverbunds in Ehesachen zur Verfügung gestellt haben?

21. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)

Welche Maßnahmen wurden von der Bundesregierung getroffen, um den Verfahrensablauf zwischen den Familiengerichten und den Rentenversicherungsträgern wie den anderen Versorgungseinrichtungen zur Ermittlung der Anwartschaften auf eine auszugleichende Versorgung nach § 1587 a BGB reibungslos anlaufen zu lassen, und wie ist schließlich sichergestellt, daß mit einer Ehescheidungsklage beauftragte Anwälte Auskünfte der Rentenversicherungsträger und anderer Versorgungsträger zur Ermittlung der Anwartschaften auf eine Versorgung im Rahmen der allgemeinen Auskunfts- und Beratungspflicht tatsächlich erhalten?

22. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die öffentlichen Hinweise auf zeitliche Verzögerungen von Scheidungssachen durch den Versorgungsausgleich, und was schlägt sie gegebenenfalls zur Vermeidung von Übergangsschwierigkeiten vor?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

23. Abgeordneter **Dr. Bötsch** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, bei künftigen Geldscheinserien diese so zu gestalten, daß sie auch für Blinde lesbar sind?

24. Abgeordneter **Dr. Köhler (Duisburg)** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, wie viele Angestellte und Arbeiter zurzeit in Unternehmen des privaten und des öffentlichen Rechts beschäftigt sind, an denen der Bund, einschließlich seiner Sondervermögen unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist, und wie sich die Zahl der in den genannten Unternehmen Beschäftigten seit 1960 entwickelt hat?

25. Abgeordneter **Dr. Lauritzen** (SPD)

Wie ist der Stand der Verhandlungen zwischen der Bundesregierung, vertreten durch die Oberfinanzdirektion in Kiel, und dem Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in Schleswig-Holstein hinsichtlich einer möglichen Übernahme des im Bundeseigentum stehenden Rantum-Beckens durch das Land Schleswig-Holstein?

26. Abgeordneter **Dr. Lauritzen** (SPD)

Ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit und in der Lage, dem Land Schleswig-Holstein im Hinblick auf eine Übernahme des Rantum-Beckens günstige Konditionen einzuräumen, insbesondere bezüglich einer Kostenbeteiligung an der Unterhaltung des fünf Kilometer langen Rantum-Damms und der hierzu gehörenden wasserbaulichen Anlagen, damit möglichst bald unter der Regie des Landes Schleswig-Holstein eine einheitliche Naturschutzkonzeption für dieses Gebiet durchgeführt werden kann?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

27. Abgeordneter **Dr. Köhler (Duisburg)** (CDU/CSU)

Bedeuten die von der Bundesregierung am 23. März 1977 beschlossenen Grundlinien und Eckwerte für die Fortschreibung des Energieprogramms und die dabei gemachten Aussagen über den Absatz der Steinkohle eine veränderte Haltung der Bundesregierung zu der im Gesetz über das Zollkontingent für feste Brennstoffe vom 28. Juni 1976 vorgesehenen Möglichkeit, ein zollfreies Importkontingent von jährlich 3 Millionen t Kokskohle festzusetzen, oder wird die Bundesregierung bei Vorliegen der im Gesetz genannten Voraussetzungen von der vorgesehenen Ermächtigung entsprechend Gebrauch machen?

28. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die französischen Gesetzesbestimmungen, die vorschreiben, daß deutsche Exporteure sämtliche Papiere in französischer Sprache abfassen müssen, und sieht sie Möglichkeiten sicherzustellen, daß dieses nationale Gesetz Frankreichs zumindest in der Handhabung der von den EWG-Vertragspartnern angestrebten maximalen Harmonisierung und Integration entsprechen?

29. Abgeordneter **Jung** (FDP)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob und in welchem Umfang in der Bundesrepublik Deutschland Versuche zur Erreichung höherer Energienutzungsgrade im Bau von Automobilmotoren laufen, und ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, der Automobilindustrie Anreize zu geben für die Konstruktion von Motoren, die einen höheren Nutzungsgrad, etwa durch elektronische Kraftstoffverbrauchsteuerungen, erbringen?

30. Abgeordneter **Dr. Zeitel** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung das Ergebnis einer Umfrage des Instituts für Demoskopie, Allensbach, derzufolge der Wunsch, sich selbständig zu machen, in den letzten Jahren von 17 auf 7 % der Befragten zurückgegangen ist, und hält die Bundesregierung angesichts derartiger Ergebnisse noch an ihrem Mittelstandsbericht fest, oder ist sie nicht der Auffassung, daß eine grundsätzliche Kurskorrektur in der Mittelstandspolitik angebracht wäre?

31. Abgeordneter **Dr. Zeitel** (CDU/CSU)

Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung angesichts ihres mittelstandspolitischen Aktionsprogramms aus dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts in Berlin (VII B 124/76), demzufolge kleine Unternehmen bei der staatlichen Wirtschaftförderung nicht im gleichen Maße wie große Unternehmen mit Subventionen aus Steuergeldern rechnen können, und ist die Bundesregierung bereit, bei ihren Maßnahmen dei Wirtschaftsförderung sowie der Vergabe von Förderungsmaßnahmen zu berücksichtigen, daß diese künftig stärker mittleren und kleinen Unternehmen zufließen und Einfluß auf eine entsprechende Vergabe zu nehmen?

32. Abgeordneter **Daweke** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung das Ergebnis einer Untersuchung der Forschungsgruppe Köln im Institut für Mittelstandsforschung (1977/23) bekannt, wonach Hauptnutznießer der staatlichen Förderungsmittel für Forschung und Entwicklung an die gewerbliche Wirtschaft große Unternehmen sind, und in welcher Weise will die Bundesregierung diesem Ergebnis Rechnung tragen?

33. Abgeordneter **Daweke** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung die Kritik des Münchener Ifo-Instituts bekannt, wonach viele kleine und mittlere Unternehmen nicht über die Möglichkeit der Forschungswerbung informiert werden, obwohl vorhandene Forschungsergebnisse von Klein- und Mittelbetrieben sehr viel schneller genutzt werden als von Großbetrieben, und welche Maßnahmen wird die Bundesregierung zur Beseitigung dieses Umstandes ergreifen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

34. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

Worauf führt die Bundesregierung das beinah totale Aalsterben in der Elbe zurück, und in welcher Weise kann die Bundesregierung behilflich sein, daß dieser Edelfisch auch in Zukunft in der Elbe aufgezüchtet und erhalten werden kann?

35. Abgeordneter **Kiechle** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß der italienischen Behörden nach wie vor auf einem Nitratgehalt von 25 ppm bei Milchpulver bestehen, obwohl Untersuchungen ergeben haben, daß italienische Tomaten und Rettiche 1 500 bis 2 000 ppm haben, und wenn ja, welche Initiativen ergreift die Bundesregierung, diese offene Benachteiligung deutscher Milchpulverimporte nach Italien auszuschalten?

36. Abgeordneter **Dr. Lauritzen** (SPD)

Was gedenkt die Bundesregierung im Interesse der Bevölkerung in List/Sylt zu unternehmen, um die Kompetenzstreitigkeiten zwischen dem Bund und dem Land Schleswig-Holstein bezüglich der dringend notwendigen Deichverstärkungsmaßnahmen am Möwenbergdeich möglichst schnell aus dem Wege zu räumen?

37. Abgeordneter **Dr. Lauritzen** (SPD)

Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, die erforderlichen Deichverstärkungsmaßnahmen gegebenenfalls in eigener Regie durchzuführen beziehungsweise durchführen zu lassen, um dann später nach Klärung der Rechtslage die Frage der anteiligen Kostentragung zu klären, wodurch eine unnötige Gefährdung der Bevölkerung vermieden werden könnte?

38. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Hat die deutsche Backwarenindustrie in den letzten Jahren Butter zu verbilligten Preisen erhalten, und wenn ja, warum wurde diese Vergünstigung nicht auch mittelständischen Betrieben gewährt?

39. Abgeordneter **Dr. Vohrer** (FDP)

Wie ist der gegenwärtige Stand der Verhandlungen mit der schweizerischen Regierung bezüglich der Pacht landwirtschaftlicher Nutzflächen durch schweizerische Bauern im süddeutschen Raum?

40. Abgeordneter **Dr. Vohrer** (FDP)

Ist damit zu rechnen, daß die bestehenden Wettbewerbsverzerrungen auf Grund der schweizerischen Anbauprämie abgebaut werden?

41. Abgeordneter **Klinker** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung Angaben darüber machen, wieviel der in der deutschen Intervention lagernden Butter- und Magermilchpulvermengen aus der niederländischen und belgischen Milchproduktion stammen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

42. Abgeordneter **Glos** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung im Interesse der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit bereit, dem Handwerk durch Aufnahme neuer Ausnahmeregelungen in das Jugendarbeitsschutzgesetz die Bereitstellung zusätzlicher Ausbildungsplätze zu ermöglichen, was beispielsweise im Bäcker- und Fleischerhandwerk durch eine Vereinheitlichung des täglichen Arbeitsbeginns für alle Beschäftigten erreicht werden könnte?

43. Abgeordneter **Hasinger** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch die Befristung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit auf ein Jahr bei Bauprojekten Schwierigkeiten entstehen, und gedenkt sie, auf Abhilfe zu drängen?

44. Abgeordneter **Schmidt (Kempten)** (FDP)

Hält die Bundesregierung an dem erklärten Ziel ihrer Behindertenpolitik, daß Rehabilitationsmaßnahmen den Behinderten unabhängig von der Ursache ihrer Behinderung zu gewähren sind (Finalitätsprinzip), auch bezüglich des Behindertensports fest?

45. Abgeordneter **Schmidt (Kempten)** (FDP)

Wird die Bundesregierung mit Vorrang den Entwurf einer Rechtsverordnung nach § 9 Abs. 2 des Rehabilitationsangleichungsgesetzes vorlegen, mit der das Finalitätsprinzip für den Behindertensport, insbesondere die Gleichstellung von Kriegsbeschädigten und Zivilbehinderten, verwirklicht wird, und wann wird dies geschehen?

46. Abgeordneter **Kiechle** (CDU/CSU)

Treffen Informationen zu, wonach die bei den Rentenversicherungsträgern tätigen Gutachter in zunehmendem Maße zu Ungunsten der Versicherten votieren, mit dem Ergebnis, daß dieses Verhalten Ablehnungsbescheide bewirkt, die dann in einem zeitaufwendigen Klageverfahren vor dem Sozialgericht angefochten werden müssen, und wenn ja, wie beurteilt die Bundesregierung diesen Trend?

47. Abgeordneter **Schreiber** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorschlag, der strukturellen und konjunkturellen Frauenarbeitslosigkeit dadurch zu begegnen, daß bei zukünftigen beschäftigungspolitischen Programmen und finanziellen Hilfen zur Erhaltung und Neuschaffung von Berufsausbildungsplätzen eine festzulegende Quote der geförderten Ausbildungsplätze weiblichen Bewerbern vorbehalten bleiben soll, und wird sie bei ihren Bestrebungen, das Problem zu lösen, diesen Vorschlag berücksichtigen?

48. Abgeordneter **Schedl** (CDU/CSU)

In welchem Umfang sind 1977 die Beitragseinnahmen der Landesversicherungsanstalten und der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte hinter den Vorausberechnungen zurückgeblieben, und was geht davon auf welche verwaltungstechnischen Umstellungen zurück?

49. Abgeordneter **Schedl** (CDU/CSU)

Wie groß war noch die Zahl der Markenkleber im Jahr 1976, und wieviel freiwillige Beiträge wurden bereits im Wege der Abbuchung entrichtet?

50. Abgeordneter **Dr. Schöfberger** (SPD)

Treffen Presseberichte zu, wonach niederbayerische Bauunternehmer im Jahr 1975 auf Grund des Arbeitsmarktprogramms der Bundesregierung in mißbräuchlicher Weise mehrere Millionen DM an Lohnkostenzuschüssen kassierten, und wie beurteilt die Bundesregierung gegebenenfalls diesen Vorgang, wird sie insbesondere die Rückforderung solchermaßen erlangter Beträge veranlassen?

51. Abgeordneter **Dr. Schöfberger** (SPD)

Wird die Bundesregierung gegebenenfalls auch vorbeugende Maßnahmen gegen künftige Mißbräuche ergreifen?

52. Abgeordneter **Dr. Holtz** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die im Gesetz für betriebliche Versorgungseinrichtung ausdrücklich vorgesehene Möglichkeit der Gehaltsumwandlung dadurch nicht realisiert werden kann, daß Arbeitgeber sich weigern, die dafür notwendigen Buchungsvorgänge durchzuführen, und denkt die Bundesregierung daran, diesem Mißstand dadurch abzuhelfen, daß sie analog zum 624 DM-Gesetz die jeweiligen Arbeitgeber dazu verpflichtet, auf Antrag tätig zu werden?

53. Abgeordneter **Schedl** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß im Arbeitsamtsbezirk Oldenburg auf 30 Angebote einer Firma die Arbeitsverwaltung 53 Arbeitslose zur Vorstellung schickte, von denen sich nur drei als arbeitswillig erwiesen, das Arbeitsamt aber gleichwohl nicht das Arbeitslosengeld sperrte, weil der verantwortliche Bedienstete fürchtete, „durch die Gazetten gezerrt zu werden", und trifft es zu, daß die Ergebnisse einer u. a. auch auf Wunsch der Bundesregierung durchgeführten Umfrage der Arbeitgeberverbände nach einschlägigen Erfahrungen nicht veröffentlicht werden durfte?

54. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Bestätigt die Bundesregierung meine Beobachtung, daß trotz besonderer organisatorischer Vorkehrungen viele Vermittlungs- und auch Berufsberatungsstellen der Arbeitsämter überlastet sind?

55. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Wenn ja, welche Vorkehrungen wird sie im Interesse der Ratsuchenden und auch Bediensteten der Arbeitsämter treffen, die eine nicht fortwährend unter Zeitdruck stehende praxisgerechte Wahrnehmung der Aufgaben zulassen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

56. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Ist hinsichtlich der Verlegung des militätgeographischen Amts von Bonn-Bad Godesberg nach Euskirchen bereits mit dem Neubau in Euskirchen im 3. Quartal 1976 begonnen worden, und kann man davon ausgehen, daß nach dem derzeit bestehenden Zeitplan Anfang 1978 der Umzug erfolgt?

57. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Wer hat die von Oberleutnant Robert Maier in „Bundeswehr aktuell" vom 5. Mai 1977 angeprangerte Formblattaussonderung angeordnet und mit welcher Begründung?

58. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Wieviel Formblätter sind in Depots ausgesondert worden, und welcher Schaden ist der Bundesrepublik Deutschland entstanden?

59. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die Landwirte im Kreis Euskirchen nur wenig Erfahrung mit Manöverübungen haben, und wenn ja, auf Grund welcher Tatsachen kommt sie zu dieser Auffassung, und ist die Bundesregierung bereit, bei bevorstehenden militärischen Übungen insbesondere die Landwirtschaft im Kreis Euskirchen über die Größenordnung der Manöver zu unterrichten?

60. Abgeordneter **Müller (Mülheim)** (SPD)

Trifft es zu, daß – wie von der Deutschen Friedensgesellschaft verbreitet wird – Wehrdienstverweigerer, die in der zweiten Instanz des insgesamt drei Instanzen umfassenden Verfahrens anerkannt worden sind, zur Bundeswehr eingezogen wurden und dann, bei ihrer Haltung bleibend, inhaftiert wurden?

61. Abgeordneter **Müller (Mülheim)** (SPD)

Trifft weiterhin die Behauptung zu, daß es einige hundert dieser Fälle gibt und die Gefangenenhilfsorganisation Amnesty International diese Personen als politische Gefangene bezeichnet, und wenn ja, wie gedenkt die Bundesregierung dem entgegenzutreten?

62. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Wird im Rahmen des „Staatsbürgerlichen Unterrichts" bei der Bundeswehr der Text der deutschen Nationalhymne gelehrt, und liegen Berichte der Ausbilder darüber vor, wie der Kenntnisstand über den Text des Deutschlandlieds bei in den Dienst eintretenden Rekruten ist?

63. Abgeordneter **Dr. Narjes** (CDU/CSU)

Welche Möglichkeit sieht die Bundesregierung, um den Zugang der Öffentlichkeit zur Stickenhörn-Mole und ihren Ausbau zu einem Seglerhafen in Kiel-Pries unbeschadet der beabsichtigten militärischen Nutzung sicherzustellen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

64. Abgeordneter **Röhner** (CDU/CSU)

Wie hoch ist die Zahl der Aussiedler absolut und prozentual, die einen Eigenbeitrag zu den Kosten für die Internatsunterbringung ihrer eine Förderschule besuchenden Kinder leisten müssen?

65. Abgeordneter **Röhner** (CDU/CSU)

In wieviel Fällen ist die entsprechende Forderung bei den Betroffenen auf Befremden, Unverständnis und Ablehnung gestoßen, so daß seitens der Träger der Internate bzw. seitens der öffentlichen Hand, z. B. der Jugendämter, Vorschüsse geleistet, Forderungen geltend gemacht, eingeklagt oder beigetrieben werden mußten, und welcher Aufwand entstand dabei?

66. Abgeordneter **Wüster** (SPD)

Hält die Bundesregierung eine gründliche Untersuchung der sogenannten „stillen Wasser" für notwendig, nachdem Untersuchungsergebnisse aus Berlin zeigen, daß kohlensäurefreies Mineralwasser bis zu 9,5 Millionen Keime in einem Milliliter – und damit mehr als für einfaches Leitungswasser erlaubt ist – enthielt?

67. Abgeordneter **Spitzmüller** (FDP)

Trifft die Feststellung der Deutschen Sportjugend zu, daß die zentralen Jugendverbände bei internationalen Jugendbegegnungen verschieden hohe Zuschüsse an ihre örtlichen Gruppen zahlen, und was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls hier zu unternehmen?

68. Abgeordneter **Spitzmüller** (FDP)

Trifft es zu, daß einzelne Verbände für aus dem Bundesjugendplan geförderte internationale Begegnungen mit Prospekten öffentlich werben, während z. B. die Deutsche Sportjugend noch nicht einmal alle vorliegenden Anträge berücksichtigen kann, und welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls in diesem Zusammenhang zu ergreifen?

69. Abgeordnete **Frau Schleicher** (CDU/CSU)

Wie werden die statistischen und erkenntnistheoretischen Grundlagen der Methoden, mit denen die Wirksamkeit der Tetanusimmunglobuline gesichert werden konnte, systematisch bei der prospektiven Prüfung neuer Arzneimittel angewandt – insbesondere auch, was die Methodenlehre der klinischen Statistik anbelangt?

70. Abgeordnete **Frau Schleicher** (CDU/CSU)

Wie wird – angesichts der Untersuchungen von Jack Ashely über Impfschaden bei Kleinkindern – die Unbedenklichkeit von Keuchhusten-, Diphtherie-, Tetanus- und Masernimpfungen beurteilt, und wie wird in einer statistisch nachprüfbaren Form das individuelle und epidemiologische Nutzen-Schaden-Risiko eingeschätzt?

71. Abgeordnete **Frau Schleicher** (CDU/CSU)

Warum werden in den bekanntgegebenen epidemiologischen Übersichten nicht die atypischen Masernfälle berücksichtigt, wie sie unter Abklingen der Immunität auch bei Lebendvirusimpfungen ab fünf Jahren nach der Impfung auftreten können, und wird auf die bei Poliomyelitisimpfungen bekanntgewordenen komensatorischen, wechselbedingten Erkrankungen geachtet?

72. Abgeordnete **Frau Schleicher** (CDU/CSU)

Inwieweit unterscheidet sich bei den genannten Impfstoffen die epidemiologische Lage in Deutschland gegenüber der in Rhode Island, und zu welchen Schlußfolgerungen geben etwaige Unterschiede Anlaß?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

73. Abgeordneter **Engelhard** (FDP)

Trifft es zu, daß die Deutsche Bundesbahn bislang darauf bestehen soll, daß auch terroristenbekämpfende Polizeibeamte sich zumindest im Präventiveinsatz wie normale Bahnreisende Fahrkarten kaufen müssen, was die Polizei in ihrer Beweglichkeit einschränke, wodurch es wiederum gesuchten Terroristen allem Anschein nach erleichtert werde, relativ unkontrolliert mit der Deutschen Bundesbahn zu reisen, und sieht die Bundesregierung gegebenenfalls Möglichkeiten, daß die Deutsche Bundesbahn zumindest den im Rahmen der gezielten Terroristenbekämpfung eingesetzten Beamten künftig unbürokratisch Sonderfahrausweise (Zeitkarten, Netzkarten etc.) aushändigt, um so die ohnehin schwierige Fahndungsarbeit der Polizei zu erleichtern und gleichzeitig noch effektiver zu machen?

74. Abgeordneter **Gerlach (Obernau)** (CDU/CSU)

Hält es die Bundesregierung angesichts des Mangels an Ausbildungsplätzen für vertretbar, daß die Deutsche Bundesbahn beim Bahnbetriebsamt in Aschaffenburg in diesem Jahr keine Auszubildenden einstellt, obwohl die Ausbildungswerkstätten erst im Jahr 1976 mit rund. 80 000 DM auf den modernsten Stand gebracht worden sind und diese künftig leerstehen werden?

75. Abgeordneter **Dr. Evers** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung Informationen bestätigen, denen zufolge die Nichtraucherabteile in den Fernzügen der Deutschen Bundesbahn wesentlich stärker frequentiert werden, als die Raucherabteile, und ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, auf eine weitere Ausdehnung der Platzkapazität für Nichtraucher zu Lasten der Raucherplätze einzuwirken und auf diese Weise gleichermaßen Gesichtspunkte des Umweltschutzes, der Gesundheitspolitik und der Rentabilität bei der Deutschen Bundesbahn verstärkt zur Geltung zu bringen?

76. Abgeordneter **Conrad (Riegelsberg)** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, zu welchen Folgerungen sie angesichts der ihr vorliegenden Untersuchungen über die Organisation und Wirtschaftlichkeit der Wasser- und Schiffahrtsverwaltung (WSV), insbesondere der ergänzenden Untersuchung der Projektgruppe WSV/Organisation beim Bundesverkehrsminister über die quantitativen Auswirkungen einer Neuordnung der WSV, für die Wasser- und Schiffahrtsverwaltung im Saarland gekommen ist bzw. gelangen wird?

77. Abgeordneter **Conrad (Riegelsberg)** (CDU/CSU)

Ist die Antwort der Bundesregierung auf die Frage des Abgeordneten Zeyer vom 2. Oktober 1976 (Drucksache 7/4138 Teil B, Frage 56) dahin gehend zu verstehen, daß ein Wasser- und Schiffahrtsamt im Saarland in jedem Fall erhalten bleibt?

78. Abgeordneter **Conrad (Riegelsberg)** (CDU/CSU)

Wie will die Bundesregierung gewährleisten, daß bei einer möglicherweise ins Auge gefaßten Umwandlung des Wasser- und Schiffahrtsamts Saarbrücken in ein Neubauamt, nach Beendigung des Saarausbaus die Leistungsfähigkeit der Wasserstraße und deren Anlagen sowie die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs aufrechterhalten, ja weiter ausgebaut wird?

79. Abgeordneter **Conrad (Riegelsberg)** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß gravierende organisatorische und verwaltungsökonomische Gründe – auch im Hinblick auf die bisherige gute und enge Zusammenarbeit mit den französischen Behörden – gegen eine möglicherweise beabsichtigte spätere Betreuung der Saar von der Mosel durch das Wasser- und Schiffahrtsamt Trier sprechen, angesichts eines ab Mettlach saaraufwärts sich erstreckenden zusammenhängenden Industriegebiets mit starkem Ziel- und Quellenverkehr gegenüber einer mehr als Durchgangswasserstraße geltenden Mosel im Bezirk des Wasser- und Schiffahrtsamtes Trier, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

80. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß nachdem die Frage der Kostenverteilung im Hinblick auf die Beseitigung des schienengleichen Bahnübergangs auf der Strecke Frankfurt – Mainz, Posten 4, in Gustavsburg bislang nicht geklärt werden konnte, diese Frage schnellstens im Interesse der Bevölkerung gelöst werden muß, und welche Möglichkeiten zur Lösung sieht sie?

81. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Nach welchem Modus wird die Bundesregierung verfahren bei der Auswahl der Bundesbahnstrecken, die im Rahmen des Streckenstillegungsprogramms der Bundesregierung stillgelegt werden sollen, das heißt,

welche Kriterien werden zugrundegelegt, wie werden die einzelnen Kriterien gewichtet, und wer wird letzten Endes über die Stillegung die Entscheidung treffen?

82. Abgeordneter **Batz** (SPD)

Hält die Bundesregierung das Transitabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich vom 14. September 1955 für noch den heutigen Gegebenheiten und Notwendigkeiten entsprechend, oder beabsichtigt sie die Kündigung dieses Abkommens namentlich auch im Hinblick auf die unerträglichen Verkehrsverhältnisse auf der B 20 und B 21 im Raum Bad Reichenhall, die auf das Abkommen zurückzuführen sind?

83. Abgeordneter **Batz** (SPD)

Sind seitens österreichischer Stellen bereits Zusagen für einen Ausbau der Transitstrecke Salzburg – Lofer gemacht worden, und welche Einzelheiten sind gegebenenfalls vereinbart worden?

84. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Sieht die Bundesregierung in der Information und dem Anhalten des Bodenpersonals der deutschen Flughäfen, bei Wartungsarbeiten bzw. bei der Abfertigung von Flugzeugen die Wasserver- und Entsorgungsanschlüsse auf mögliche Leckagen zu überprüfen, einen ausreichenden Schutz, um die Entstehung von Eisbildung an Flugzeugtragflächen zu verhindern, und wie steht sie zu dem Vorschlag, diese Probleme durch strengere, gegebenenfalls gesetzliche, Maßnahmen effektiver zu regeln?

85. Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU)

Welche Vergleichszahlen des Jahrs 1976 liegen für die übrigen Bundesländer zu den Haushaltsresten an unverbauten Straßenbaumitteln vor, wie sie die Aktionsgemeinschaft Straße für das Land Nordrhein-Westfalen mit 300 Millionen DM beziffert?

86. Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Befürchtung der Aktionsgemeinschaft Straße e. V., daß mit dem Anwachsen solcher Haushaltsreste für das Jahr 1977 die Vernichtung von Arbeitsplätzen einhergeht, und wie gedenkt sie dem entgegenzuwirken?

87. Abgeordneter **Dr. Holtz** (SPD)

Wird die Bundesregierung dafür Sorge tragen, daß die Immissionsschutzmaßnahmen im Zuge des Ausbaus der Bundesautobahn Oberhausen/Köln (E 3) im Bereich der Stadt Erkrath (besonders Autobahnbrücke Neandertal) verstärkt werden?

88. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die geplante Autobahn Würzburg – Ulm für die überregionale Erschließung und Anbindung des strukturschwachen westmittelfränkischen Raums an die Verdichtungsräume und für die Entwicklung dieser Region von großer Bedeutung ist, und wird die Bundesregierung aus diesen Gründen im Rahmen des Investitionshilfe- und Strukturförderungsprogramms zusätzliche Mittel für den beschleunigten Ausbau der Autobahn Würzburg – Ulm zur Verfügung stellen?

89. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Sind die Planfeststellungsverfahren für die Bundesautobahn-Neubaumaßnahmen Singen/Überlingen (BAB A 98) und Singen/Konstanz (BAB A 81), die nach dem Gesetz vor Änderung des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen in den Jahren 1971 bis 1985 vom 5. August 1976 in die Dringlichkeitsstufe I a ausgewiesen sind, inzwischen eingeleitet worden, wie ist der gegenwärtige Sachstand, und zu welchem Zeitpunkt kann man mit dem Beginn und mit dem Abschluß der Baumaßnahmen rechnen?

90. Abgeordneter **Dr. Hüsch** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß Regelungen zum Schutze der Meere vor Verschmutzung im Rahmen der UN-Seerechtskonferenz prinzipiell keine Differenzierung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Staats, unter dessen Flagge verbotswidrige Verschmutzungsvorgänge auf See bzw. von dessen Hoheitsgebiet aus Meeresverschmutzungen vorgenommen werden, verträgt, und welche Initiativen hat bzw. wird die Bundesregierung ergreifen, um diese Auffassung durchzusetzen?

91. Abgeordneter **Dr. Jentsch (Wiesbaden)** (CDU/CSU)

Treffen Informationen zu, nach denen im Funkfernsprechverkehr eine Zeitbegrenzung bis hinunter zu drei Minuten eingeführt werden soll, und wenn ja, wie rechtfertigt die Bundesregierung diese Maßnahme angesichts der in diesem Fernsprechbereich bereits außerordentlich hohen Grundgebühren?

92. Abgeordneter **Lintner** (CDU/CSU)

Welche Poststellen in den bayerischen Landkreisen Bad Kissingen, Rhön-Grabfeld und Haßberge sollen nach den Planungen der Deutschen Bundespost bis wann geschlossen werden?

93. Abgeordneter **Lintner** (CDU/CSU)

Wieviel Arbeitsplätze sind von diesen Maßnahmen unmittelbar betroffen?

94. Abgeordneter **Menzel** (SPD)

Trifft es zu, daß im Bereich des Fernmeldeamts Recklinghausen die Warteliste für Fernsprechneuanschlüsse sich ständig verlängert und daß für das Jahr 1977 mit ca. 15 000 wartenden Antragstellern gerechnet wird?

95. Abgeordneter **Menzel** (SPD)

Trifft es ferner zu, daß dieser Zustand durch etwa 200 unbesetzte Arbeitsplätze beim Fernmeldeamt Recklinghausen verursacht wird, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die Wartezeiten der Antragsteller auf einen Neuanschluß in diesem Bereich auf eine vertretbare Zeit zu verkürzen?

96. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Beabsichtigt die Deutsche Bundespost, eine weitere Verminderung der Poststellen auf dem Lande vorzunehmen und dafür im Ersatz fahrbare Postschalter einzuführen, und inwieweit sind gegebenenfalls davon die niedersächsischen Landkreise Grafschaft Hoya und Fallingbostel betroffen?

97. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Stimmt die Bundesregierung der öffentlichen Kritik der Ortsverwaltung (Fernmeldeamt) Recklinghausen der Deutschen Postgewerkschaft an den Arbeitsbedingungen im Bereich des Fernmeldeamts zu, und welche Maßnahmen will bzw. hat die Bundesregierung gegebenenfalls ergriffen, um dieser Kritik Rechnung zu tragen?

98. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Ist der Bundesregierung die öffentliche Kritik sowohl von Kommunalvertretern wie der Presse im Bereich von Herten-Westerholt bekannt, wonach die vorgesehenen Räume für die neue Post in dem Gebäude des alten Rathauses viel zu klein sind, und welche Maßnahmen will die Bundesregierung ergreifen, um eine bessere postalische Versorgung des neugegliederten Ortsteils Westerholt zu gewährleisten?

99. Abgeordneter **Graf Stauffenberg** (CDU/CSU)

Plant die Bundesregierung bei den Ferngesprächen ins westeuropäische Ausland entsprechend der Regelung im Inland die Einführung eines Nacht- und Sonntagstarifs, und wenn ja, zu welchem Zeitpunkt und unter welchen Bedingungen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

100. Abgeordneter **Krockert** (SPD)

Welche Empfehlungen zur Verringerung von Baukosten im Wohnungsbau hat die Bundesregierung bisher veröffentlicht, und wie ist die Aufnahme dieser Empfehlungen auf dem Baumarkt zu beurteilen?

101. Abgeordneter **Krockert** (SPD)

Was unternimmt die Bundesregierung weiterhin, um die Entwicklung der Kosten für Wohnungsneubau und -modernisierung, besonders im Hinblick auf die Effektivität öffentlicher Förderungen, positiv zu beeinflussen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

102. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die DDR zahlreichen verurteilten Fluchthelfern aus der Bundesrepublik Deutschland die DDR-Staatsangehörigkeit aufgezwungen hat, und wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung zur Abwehr dieses schweren Verstoßes gegen das allgemeine Völkerrecht und gegen diese Verhinderung des Rechtsschutzes der Bundesrepublik Deutschland zu unternehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

103. Abgeordneter **Jung** (FDP)

Welche Ergebnisse liegen der Bundesregierung aus den von ihr geförderten Versuchsanlagen zur Beseitigung von Altreifen durch das Pyrolyseverfahren vor?

104. Abgeordneter **Jung** (FDP)

Lassen sich aus den bisher vorliegenden Ergebnissen Grunddaten ableiten, die als Mindestanforderungen für eine wirtschaftliche Beseitigung von Altreifen durch Pyrolyseanlagen zu setzen sind?

105. Abgeordneter **Zebisch** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß im bayerischen Landkreis Tirschenreuth erhebliche Uranvorkommen entdeckt wurden, und welche Möglichkeit sieht sie, bei der Erschließung dieser Vorkommen zu helfen?

106. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

In welcher Form ist die Bundesregierung auf das Angebot des Schahs eingegangen, Atommüll aus Deutschland in den Wüsten des Iran zu lagern?

107. Abgeordneter **Dr. Narjes** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, den Wunsch der Kommission der Europäischen Gemeinschaften auf volle Beteiligung an den Arbeiten der von der Londoner Gipfelkonferenz eingesetzten Nuklear-Arbeitsgruppe zu unterstützen?

108. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

War der Bundesregierung, als sie Wilhelm Haferkamp erneut als EG-Kommissar benannte, bekannt, ob er als damaliger Leiter von Euratom der Letztverantwortliche dafür ist, daß 200 Tonnen Uranoxyd mit einem deutschen Schiff verschwunden sind, daß dieser Diebstahl erst nach acht Monaten entdeckt worden ist und daß es weitere acht Jahre gedauert hat, bis daraus Konsequenzen in der Form überarbeiteter, verschärfter Sicherheitsbestimmungen gezogen worden sind, und was hat sie bejahendenfalls bewogen, ihn gleichwohl zu benennen?

109. Abgeordneter **Dr. Stavenhagen** (CDU/CSU)

Welche Gründe waren dafür maßgebend, daß der Bundesminister für Forschung und Technologie sich für eine qualifizierte Sperre bei den Mitteln für die Schnelle Brutreaktorentwicklung ausgesprochen hat, obwohl er vor diesem Entschluß in den Bundestagsausschüssen wie auch bei den Haushaltsberatungen genau das Entgegengesetzte vertreten hat und auf die schwerwiegenden Folgerungen einer derartigen Sperre hingewiesen hat?

110. Abgeordneter **Dr. Stavenhagen** (CDU/CSU)

Bei welchen offiziellen Anlässen hat die Bundesregierung seit dem 1. Mai 1976 zu dem Problem der Schnellen Brutreaktorentwicklung Stellung genommen (z. B. Bulletin, Haushaltsplan, Bundestagsausschüsse), und wie lauten die Stellungnahmen nach Sachgegenstand und Datum der Stellungnahmen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

111. Abgeordnete **Frau Dr. Wilms** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Chancen der Studierenden der naturwissenschaftlichen Fächer, in den nächsten Jahren einen ihrer Ausbildung entsprechenden Ausbildungsplatz zu erhalten, und welche beruflichen Ausweichmöglichkeiten sieht die Bundesregierung gegebenenfalls?

112. Abgeordneter **Rühe** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Chancen der Studierenden des Fachs Pharmazie, in den nächsten Jahren einen ihrer Ausbildung entsprechenden Arbeitsplatz zu erhalten, und welche Ausweichberufe schlägt sie gegebenenfalls vor?

113. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)	In welcher Weise kann die Bundesregierung Fragen der Betriebswirtschaftslehre der öffentlichen Verwaltung und der öffentlichen Unternehmen im Rahmen des Hochschulstudiums fördern, und wie beurteilt sie in diesem Zusammenhang insbesondere die Empfehlungen des wissenschaftlichen Beirats der Gesellschaft für öffentliche Wirtschaft und Gemeinwirtschaft, Berlin, aus dem Jahr 1976?
114. Abgeordnete **Frau Dr. Wisniewski** (CDU/CSU)	Wie beurteilt die Bundesregierung die Chancen der Studierenden, die die Fachrichtung Sprach- und Kulturwissenschaften gewählt haben, in den nächsten Jahren einen ihrer Ausbildung entsprechenden Arbeitsplatz zu erhalten, und welche beruflichen Alternativen schlägt die Bundesregierung gegebenenfalls vor?
115. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung bereit, in der ihr geeignet erscheinenden Weise zu ermitteln, wann, d. h. in welchen Jahrgängen und in welcher Weise der Text der deutschen Nationalhymne in den Schulen der Bundesrepublik Deutschland gelehrt bzw. wie der Text des Deutschlandlieds im Unterricht behandelt wird, und wenn ja, wann wird die Bundesregierung mir das Ergebnis der Ermittlungen voraussichtlich mitteilen?
116. Abgeordneter **Pfeifer** (CDU/CSU)	In welcher Weise war der Bund an der Errichtung des Erweiterungsbaus des Berufsschulzentrums in Leonberg beteiligt, und wie hat der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft seine Teilnahme und seine Mitwirkung bei der Einweihung des Berufsschulzentrums Leonberg mit dem Kultusminister des Landes Baden-Württemberg abgestimmt?

Bonn, den 20. Mai 1977